scheidet der Leiter der Dienstseinheit der Linie IX bzw. dessen Beauftragter nach Konsultation mit dem Leiter der Untersuchungshaftanstalt. Neueingelieferte Verhaftete kommen zunächst ausschließlich in Einzelunterbringung.

Treten Fälle auf, daß Weisungen über die Unterbringung und Verwahrung Verhafteter mit den Anforderungen an die Gewährleistung der Ordnung und Sicherheit nicht übereinstimmen, hat der Leiter der Untersuchungshaftanstalt seine Bedenken dem Weisungserteilenden vorzutragen und Anregungen zur Veränderung der Unterbringungsart zu geben. In unaufschiebbaren Fällen, insbesondere bei Gefahr im Verzuge, hat der Leiter der Untersuchungshaftanstalt einstweilige Anordnungen zur Unterbringung und sicheren Verwahrung unverzüglich zu erteilen. Er hat jedoch auch hier die Bestätigung ohne Verzug beim Staatsanwalt oder im gerichtlichen Verfahren beim Gericht einzuholen. Diese Möglichkeit bezieht sich nicht in erster Linie auf die Aufnahme Verhafteter, sondern vor allem auf Fälle, wenn während der Untersuchungshaft von Verhafteten besondere Gefahren für die Ordnung und Sicherheit ausgehen, wie Terror- und andere operativ bedeutsame Gewaltakte, eklatante Verstöße gegen die Ordnung und Sicherheit, Heuterei bei in Gemeinschaftsunterbringung verwahrten Verhafteten, Nahrungsverweigerungen, Suizidabsichten und eine Veränderung der Unterbringungsart unverzüglich notwendig wird. Die diesbezüglichen Entscheidungen des Leiters der Untersuchungshaftanstalt dürfen jedoch nicht gegen wesentliche Trennungsgrundsätze, gegen die Konspiration und Geheimhaltung sowie gegen spezifische politisch-operative Maßnahmen, die vom Untersuchungsorgan festgelegt wurden, verstoßen. In der Praxis des Untersuchungshaftvollzuges des MfS ergeben sich daraus kaum Probleme, da dem Leiter der Untersuchungshaftanstalt zum Beispiel bei Organisationsstraftaten die zum Vorgang gehörenden Verhafteten (Mittäter) bekannt sind und während der Arbeitszeit